

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

19.11.1930 (No. 270)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Gesamtleiter
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährlich 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tritt Rabatt ein, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen drei Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind dieser an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beisagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Sanierungsvorlagen

Brünings Vorschlag an die Sozialdemokraten

In der Dienstagssitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gaben, der „Voss. Zig.“ zufolge, die Fraktionsmitglieder, die mit dem Reichszugler Dr. Brüning verhandelt hatten, bekannt, daß Dr. Brüning bereit sei, auf Abänderungsvorschläge zu seinem Finanz- und Sanierungsprogramm einzugehen, wenn dadurch ihr Sinn nicht gestört wird. Die Sozialdemokraten werden bei den Beratungen der Notverordnung im Haushaltsausschuß beantragen, die Kopfsteuer zu beseitigen. Sollte ihnen das nicht gelingen, dann werden sie darauf Wert legen, wenigstens eine Staffelung der Kopfsteuer durchzuführen.

Von unterrichteter Seite wird die Darstellung eines Berliner Blattes, wonach der Reichszugler in ultimativer Form vom Reichstag die Annahme des Finanzsanierungsprogramms noch vor Weihnachten gefordert habe, als weit übertrieben und in dieser Form unzureichend bezeichnet. Selbstverständlich lege die Regierung erst auf eine beschleunigte Regelung des Finanzsanierungsprogramms Wert. Von einer ultimativen Forderung könne aber keine Rede sein. Ebenso unrichtig sei die Behauptung, daß die Regierung gefordert habe, daß auch der gesamte Reichshaushalt noch vor Weihnachten erledigt werden müsse.

Um das Steuervereinfachungsgesetz

In den Reichsratsausschüssen kam es am Dienstag über das Steuervereinfachungsgesetz zu einer außerordentlich lebhaften Auseinandersetzung. Das Vereinfachungsgesetz, das durch Befreiung kleiner Einkünfte, deren Ertrag mit den Verwaltungskosten in keinem Einklang steht, bestimmte Mindererhebungen ergibt, insbesondere auch durch die vorgesehene Vereinfachung der Agrar- und Realsteuern, sollte nach dem Wunsch des Reichsfinanzministers ohne Ausfall der geringeren Einnahmen für die Länder verabschiedet werden. Es war so geplant, den Reichsanteil an den zu erwartenden Mindererhebungen bei den Länderüberweisungen abzufrieden. Der Reichsfinanzminister empfahl den Ländern, diesen Ausfall vor allem auf dem Gebiete einiger Verbrauchssteuern, etwa der Bier- oder Getränkesteuer, hereinzubringen. Hiergegen wandte sich vor allem der bayerische Ministerpräsident Dr. Helb, wozu der Reichsfinanzminister andere Kompromißvorschläge machte, ohne daß es bisher zu einer Verständigung gekommen wäre.

Die weiteren Sitzungen des Ausschusses fallen aus, da sich herausgestellt hat, daß die umfangreiche Materie dieses Gesetzes bis zum Donnerstag nicht mehr erledigt werden kann. Das Steuervereinfachungsgesetz wird daher von der Tagesordnung der Vollversammlung des Reichsrates am Donnerstag abgesetzt werden.

Die Ausschüsse halten zunächst nur am Donnerstagmittag eine Sitzung ab, um die dritte Lesung der Tabaksteuernovelle vorzunehmen. Die Plenarsitzung findet am 17. Uhr statt.

Gemeinsame Maßnahmen zum Preisabbau

Die Vorstände des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes, der SPD. und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine trafen in Berlin im Bundeshaus des ADGB zu einer Besprechung zusammen, um die Möglichkeiten eines durchgreifenden Abbaus der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erörtern. Die Vertreter der Spitzenorganisationen kamen überein, durch planmäßiges Zusammenwirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Konsumgenossenschaften einen verstärkten Kampf um den Abbau der Preise zu führen.

Der Deutsche Beamtenbund protestiert

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat am Dienstag zu dem Beschluß der Reichsratsausschüsse, die Gehaltserhöhung am 1. Februar 1931 eintreten zu lassen, Stellung genommen. Dem Reichsrat wurde folgender einstimmiger Beschluß unbestritten zugestellt:

„Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist erstaunt und empört über den Beschluß der Reichsratsausschüsse, wonach die von der Reichsregierung für den 1. April nächsten Jahres geplante Gehaltserhöhung bereits am 1. Februar eintreten soll. Die Beamtenschaft hat jederzeit Verständnis für sachlich begründete Notwendigkeiten bewiesen, sie lehnt jedoch entschieden ab, zum Objekt eines politischen Geschäfts gemacht zu werden. Die Bundesleitung erwartet von der Vollversammlung des Reichsrates, daß sie dem Beschluß seiner Ausschüsse nicht zustimmt.“

Beruhigung in Spanien

Madrid, 19. Nov. (Tel.). Verschiedene Nachrichten aus Spanien lassen darauf schließen, daß gestern Abend eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, ohne daß man deshalb mit der baldigen Beilegung des sozialen Konfliktes, der einen politischen Charakter trägt, rechnen könnte.

Das spanische Kabinett hat gestern Abend getagt. Nach der Beratung teilte Ministerpräsident Berenguer mit, daß in Barcelona der Straßenbahn- und Autobusverkehr aufgenommen sei und die Kaffee- und Speisehäuser ihre Betriebe wieder eröffnen hätten. Die Staatsanwaltschaft von Madrid hat die Freilassung von 150 Personen, die während des Generalstreiks verhaftet worden sind, angeordnet. In Sevilla scheint der gestrige Tag ziemlich unruhig verlaufen zu sein. Die Unruhmilität ist gesunken. Auch in Alicante kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Aufständischen. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Genau Angaben über die Opfer der blutigen Vorgänge, namentlich in Barcelona, liegen noch nicht vor.

Letzte Nachrichten

Frankreichs Verbündete Zalecki über die Korridorfrage

Warschau, 19. Nov. (Tel.). Der polnische Außenminister Zalecki hat einem Vertreter des „Reit Parisien“, der schon seit längerem seinem Blatt Berichte über Polen und namentlich über den polnischen Korridor liefert, eine Unterredung gewährt, in der er sich in der Hauptsache mit der Korridorfrage befaßte. Zalecki bezeichnete die jetzigen Grenzen Polens als ein Minimum für Polens Existenz. Man dürfe nicht vergessen, daß der Danziger Korridor Polen alle Weltmärkte eröffnet, während er Deutschland nur den Markt einer übrigens ziemlich armen deutschen Provinz verschließt. Zalecki wandte sich gegen den Revisionsgedanken und erklärte schließlich, Polen und Frankreich hätten ein gemeinsames Interesse daran, den Friedensvertrag von Versailles aufrechtzuerhalten.

König Alexander über Südslawien und Frankreich

Belgrad, 19. Nov. (Tel.). König Alexander von Südslawien hat in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Journal“ die innen- und außenpolitischen Probleme Südslawiens interessierenden Probleme behandelt. Er verwahrte sich dagegen, im Slesyplan Frankreichs zu sein, betonte aber, daß die Südslawen Frankreich liebten und einen wahren Kult mit Frankreich trieben. Südslawien und Frankreich hätten die gleiche Hoffnung und den gleichen Wunsch, die sich in das eine Wort „Friede“ zusammenfassen ließe. Er stelle nicht in Abrede, daß Südslawien rüste, aber nur deshalb, weil es den unerschütterlichen Willen besitze, die Verträge und den gegenwärtigen Status zu verteidigen.

Englisch-französische Kreditverhandlungen Näherwirkungen auf die europäische Politik?

New York, 19. Nov. (Tel.). Der Londoner Korrespondent der „New York Times“ meldet seiner Zeitung, daß die englisch-französischen Kreditverhandlungen, über die amerikanische Blätter mehrfach berichtet haben, gute Fortschritte machen. Voraussetzungen würden sich die beiden Zentralbanken gegenseitig Kredite von 500 bis 1000 Millionen Dollars einräumen, doch werde nur die Bank von England ihren Kredit zur Auffüllung ihrer Goldreserven benutzen. Im übrigen werde das Abkommen wohl dem 300-Millionen-Kredit entsprechen, der 1926 von der New-Yorker Bundesreservebank der Bank von England gewährt wurde. Das Zustandekommen dieser Kreditverhandlung dürfte, wie es in dem „Times“-Bericht weiter heißt, nicht ohne bedeutungsvolle Auswirkungen auf die englische und die französische Politik auf dem europäischen Kontinent bleiben.

Neue französische Bankskandale

Paris, 19. Nov. (Tel.). Der Zusammenbruch der Bank Dufrie und der Bank Adam zieht weitere Kreise. Heute berichten die Morgenblätter über die Zahlungsseinstellung von zwei weiteren Banken. Die Banque Basseur in Paris hat die gerichtliche Liquidierung beantragt und jetzt erhalten. Die Bank arbeitete mit einem Kapital von 25 Millionen Franken und unterhielt Filialen in Le Havre und Marseille. In Montpellier hat eine kleinere Bank, Georges de Biche, ihren Betrieb schließen müssen. Die Passiven sollen sich auf rund 300 000 Franken belaufen. Nach dem „Echo de Paris“ ist gegen den Pariser Bankier Paul Collin, der seit einigen Tagen sich in Haft befindet, nunmehr die Untersuchung wegen Betruges eröffnet worden.

Handelskammern und Wirtschaftsdepression

Washington, 19. Nov. (Tel.). Die amerikanische Abteilung der internationalen Handelskammer gibt bekannt, daß auf der am 5. Dezember in Paris beginnenden Konferenz der Handelskammern auch Maßnahmen zur Bekämpfung der allgemeinen wirtschaftlichen Depression erörtert werden sollen.

Gegen die Prohibition

Washington, 19. Nov. (Tel.). Senator Bingham kündigt an, er werde im Dezember einen Gesetzentwurf betreffend Zulassung vierprozentigen Bieres einbringen. In parlamentarischen Kreisen wird die Verabschiedung dieses Antrages im gegenwärtigen Kongreß als ganz aussichtslos angesehen.

In der Marinekommission des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf fand am Dienstag ein Antrag Litwows, in der Hauptartikel der Konvention die Bestimmung aufzunehmen, daß die Stärke der Flotten nicht nur „begrenzt“, sondern herabgesetzt werden sollte, zur allgemeinen Überzeugung bei der Abstimmung eine Mehrheit.

Eine englische Stimme zu den polnischen Wahlen. Die Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Warschau und Katowitz berichten über die Wahlen in Polen. Sie stellen in gleicher Weise fest, daß die polnische Bevölkerung vorgeglaubt worden sei. Dies gilt besonders von der deutschen Minderheit. Viele objektive Beobachter seien der Überzeugung, daß das Land zu einem revolutionären Umsturz reife.

Die Beförderung im Verlaufe des japanischen Premierministers Hamaguchi macht zufriedenstellende Fortschritte, so daß keine weiteren offiziellen Krankheitsberichte mehr ausgegeben werden. Man hofft, daß Hamaguchi soweit hergestellt sein wird, um an der Wiedereröffnung des Parlaments nach den Ferien teilzunehmen.

* „Gesellschaft und Wirtschaft“

Der moderne Mensch, der das Geschehen seiner Zeit wirklich verstehen will, hat einsehen gelernt, daß es nicht nur die heroischen und romantischen Daten der Weltgeschichte sind, die ihm das wahre Wissen vermitteln, daß nicht die Kriegsgeschichte als die Grundlage historischer Anschauung zu gelten hat, sondern daß das gesellschaftliche Leben der Völker, ihre Kultur, ihre Wirtschaft und ihr Rechtsleben die Fundamente einer wirklich zuverlässigen Erkenntnis abzugeben haben.

Geschichte im tieferen Sinne des Wortes begegnet uns ja überhaupt erst dort, wo uns die menschliche Gesellschaft in der Form eines zu einem Staat oder staatsähnlichen Gebilde geeinten Volks entgegentritt. So fällt schließlich der Begriff „Gesellschaft“ mit dem Begriff „Staat“ zusammen, falls man ihn nicht in seiner weitesten Ausdehnung nimmt, nämlich als Begriff der gesamten Menschheit schlechthin. Aber der historischen oder lehrhaften Darstellung wird sich dieser erweiterte Begriff nicht sehr gefügig erweisen. Wer das Wirken der Gesellschaft im Laufe der Weltgeschichte und im Geschehen unserer Tage schildern will, der wird schon aus Gründen der Übersichtlichkeit des Mittels der Einteilung nicht entzagen können. Und ganz von selbst liefern ihm die geschlossenen Kulturen der Vergangenheit, die Einteilung der Welt in Erdteile oder eben ihre Einteilung in Staaten die Schemata, nach denen er zu schildern hat.

Daß im Mittelpunkt aller historischen Betrachtung die Wirtschaft zu stehen hat, das ist eine These, die heute nicht mehr bestritten wird. Erst dann läßt sich wirklich aus der Geschichte lernen, wenn man sie als Wirtschafts- und Kulturgeschichte auffaßt und so ihren Weg durch die Jahrtausende verfolgt. Das gesellschaftliche Leben, das sich auf einer ganz besonderen geographischen und klimatischen Grundlage in der Form einer Auseinandersetzung mit der Natur mit dem Ziel der Ernährung und Behausung aufbaut, dieses gesellschaftliche Leben ist es, das uns vor allem zu interessieren hat. Die wirtschaftlichen Bedingungen sind die Grundbedingungen alles Seins. Erst dann, wenn der Mensch eine Stätte zum Wohnen und eine Nahrung zum Essen gefunden hat, erst dann kann das beginnen, was wir im höheren Sinne „Kultur“ nennen. Gewiß setzt dann alsbald die große Wechselwirkung ein, insofern als die Kultur wieder auf das Wirtschaftsleben abfärbt. Jedenfalls entwickelt sich das staatliche Leben immer in engster Anlehnung an das der Wirtschaft. Ohne die Vorgänge innerhalb dieser Wirtschaft sind die meisten großen Ereignisse der Weltgeschichte gar nicht zu verstehen, sei es, daß wirtschaftlicher Reichtum und Abenteuerlust die Völker zu Eroberungszügen trieben, sei es, daß wirtschaftliche Not zu Auswanderungen zwang; fast immer ist es der wirtschaftliche Faktor, der sich bei näherer Untersuchung als entscheidendes Moment entpuppt.

Daß sich das staatliche Leben der Gegenwart in der Hauptsache um das große Wirtschaftsproblem dreht, wissen wir heutigen, die wir die Ernährungsschwierigkeiten des Krieges und der Revolutionszeit und die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre mitgemacht haben, nur zu gut. Politik ist heute im wesentlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Deshalb ist es notwendig, die Grundlagen und Voraussetzungen dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik überblicken zu können. Und da in den letzten Jahren immer mehr und mehr das Belehrungsmittel der Anschauung dem Belehrungsmittel des gedruckten Buchstabens vorgezogen wird, empfiehlt sich naturgemäß ein bildstatistisches Werk, das uns Gesellschaft und Wirtschaft in ihrem geschichtlichen Werden und in ihren heutigen Zusammenhängen schildert, ganz von selbst.

Ein solches Werk liegt jetzt vor. Es ist seiner ganzen Eigenart nach dazu bestimmt, Epoche zu machen. Denn es verarbeitet nicht nur in der großzügigsten und zuverlässigsten Weise ein ungeheures Wissensmaterial, sondern es bringt dieses Material auch rein äußerlich in einer Form an den Leser heran, die in ihrer erzählerischen Anschaulichkeit nicht mehr übertroffen werden kann. Es ist das Verdienst des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, eine ganz neue Methode der bildhaften Belehrung erfunden und ausgebaut zu haben. Diese sogenannte „Wiener Methode“ hat bisher auf allen Ausstellungen die höchste Aufmerksamkeit herbeigerufen, und auf ihrer Grundlage hat der internationale pädagogische Kongreß in Genf die Gründung eines großen belehrenden Instituts geschaffen, des „Orbis-Instituts“.

Wien-Brüssel. Das vorliegende Werk ist die erste große Publikation des Instituts. Sein Titel lautet: „Gesellschaft und Wirtschaft. Bildstatistisches Elementarwerk.“

Der in dem Format 46 X 30,5 Zentimeter gehaltene Band zeigt auf 100 zum Teil achtfarbigen Bildtafeln in Stein- und 30 erläuternden Textblättern Produktionsformen, Gesellschaftsordnungen, Kulturstufen und Lebenshaltungen der Vergangenheit und Gegenwart. Erschienen ist das Werk im Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig. Es ist ein neues, leuchtendes Blatt im Ruhmeskranz dieses Verlags. Die reproduktionstechnischen Qualitäten sind bewundernswert.

Inhaltlich bietet das Werk Belehrung in einem Umfang, einer Gründlichkeit und Anschaulichkeit, wie man sie so bisher noch nicht gewohnt gewesen ist. Hier haben wir zum erstenmal die Möglichkeit, uns an Hand großer bildstatistischer Blätter, denen vortreffliche Textblätter beigegeben sind, über das ganze, so tiefgreifende Thema „Gesellschaft und Wirtschaft“ zu unterrichten. Die wichtigsten Weltreiche, die es seit 5000 Jahren gegeben hat, ziehen an unserer Augen in bildstatistischer Erfassung vorüber, über Herr und Kriege, über Regierungsformen, über die Arten der Produktion, des Verbrauchs, des Handels und des Verkehrs, über Bevölkerung und Siedelung, über Arbeit, Organisation und soziale Lage, über Wirtschaftsformen und Religionen: über dieses alles werden wir hier orientiert.

„Seit wann und wo gibt es Maschinen, Eisenbahnen, Autos? Woher kommen, wohin gehen die großen Weltmarkenprodukte Weizen, Kautschuk, Kohle, Kupfer, Eisen? Wie hoch sind die wirklichen Löhne in Europa, in Amerika, in Asien? Berufsgliederung, Klassenkämpfe, internationale Verquickung von heute — wie steht es damit bei uns und bei den andern? Das Werk vermittelt ein anschauliches Bild von solchen und hundert anderen Dingen, die uns täglich im Leben als ungelöste Fragen begegnen. An Stelle statistischer Zahlenreihen, die stets langweilig und für den Laien unverständlich sind, setzt die „Wiener Methode“ einprägsame „Mengenbilder“, d. h. farbige Symbole für eine bestimmte Menge von Menschen, Rohstoffen, Maschinen usw. Um z. B. die Bevölkerungszahl zweier Länder zu vergleichen, wird nicht etwa ein großer und ein kleiner Mensch nebeneinander gesetzt, wie dies in der früheren Bildstatistik üblich war, sondern es werden Reihen gleichförmiger Figuren miteinander verglichen. Jede Figur bedeutet eine bestimmte Teilmenge; 5 oder 10 oder 50 Millionen Menschen. Mehrere Figuren, als Symbole verschiedener Völker nebeneinander geordnet, geben dann ein eindeutiges Bild von dem Mengenverhältnis. Was alle Wissenschaft anstreben muß: Volksgut zu werden, ist hier gelöst. Tatsachen, die bisher nur Fachwissenschaftlern bekannt sein konnten, werden in einer Weise bildhaft dargestellt, daß sie von jedem Mann begriffen werden können.“

Man kann dieses epochale Wappenwerk gar nicht warm genug empfehlen. Die leitenden Behörden, die Schulen, die Büros großer Unternehmer, die Stuben der Gelehrten und die Zimmer der Redaktionen empfangen mit ihm eine unentbehrliche Belehrungsquelle. Der Preis ist begreiflicherweise nicht niedrig; er beträgt 65 M. Aber die Anschaffung lohnt sich in diesem Falle wirklich, da das Werk seine Bedeutung für alle Zeiten behält.

G. Amend.

Curtius will Tardien antworten. In der Sitzung des Reichstages am morgigen Donnerstag wird sich der Reichstanzler, wie die „Post. Ztg.“ berichtet, darauf beschränken, die Politik der Reichsregierung allgemein zu vertreten. Dagegen wird sich Reichsaussenminister Curtius sehr ausführlich zu den letzten Reden des französischen Ministerpräsidenten Tardieu sowie des französischen Außenministers Briand äußern.

Kleine Chronik

Das Junkers-Niesenflugzeug „G 38“ ist, von Köln kommend, nach Dessau zurückgekehrt und glatt gelandet, nachdem es auf seinem Europarundflug insgesamt 9000 Kilometer zurückgelegt hat.

In Marburg ist kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres der bekannte Bauberkünstler Sofra Bellachini an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Bellachini bereiste vor dem Krieg fast alle europäischen Länder.

In Vartenstein (Ostpr.) brannte das Geschäft des Kaufmanns Saffran nieder, wobei eine Leiche gefunden wurde, die man zuerst für die Saffrans hielt. Nun wurde aber Saffran dieser Tage ermittelt und verhaftet. Er hat eingestanden, daß er und sein Geschäftsführer Kipnick einen Brand an einem Keller verübt hätten. Die Leiche wurde in dem in Brand gelegten Hause in den Kleidern Saffrans niedergelegt, um vorzutäuschen, daß Saffran selbst bei dem Brand den Tod gefunden hätte.

Durch einen auf der Saturngrube bei Sosnowice (Poln. Oberschlesien) infolge einer Kohlendampfexplosion verursachten Brand wurden zwei Bergleute getötet. Außerdem verdrannten 23 Pferde.

Die Bilanz der Lyoner Einsturzkatastrophen stellt sich nunmehr wie folgt: Geborgen sind die Leichen von sieben Feuerwehrleuten, eines Mannes, von sieben Frauen und einem Kind. Unter den Trümmern liegen noch ein Feuerwehrprofizier, elf Feuerwehrleute, ein Polizeioffizier, drei Polizeibeamte und mehrere Einwohner der eingestürzten Häuser, deren Zahl man auf zehn schätzt.

Zur Verhaftung des amerikanischen Kaufmanns und Ozeanfliegers Levine, die in Österreich unter dem Verdacht erfolgt ist, daß Levine bei einem Wiener Grabeur Stangen zur Anfertigung falscher französischer Münzen hat herstellen lassen, wird gemeldet, daß Levine die verbrecherische Absicht in Abrede stellt. Er habe die Medaillen nur für seine Freunde bestellen wollen. Aus einem Brief geht hervor, daß er mit einer Wiener Firma wegen der Lieferung von 100 000 Spieljetons in Verbindung stand.

Der schwedische Dampfer „Dwidia“ hat durch Funkspruch mitgeteilt, daß er sich 400 Seemeilen süd-südlich von Cap Race (Neufundland) in finsternem Zustand befindet. Der Dampfer „Amerika“ funkte um 12 Uhr nachts, daß er ihm zu Hilfe eile.

12prozentige Gehaltskürzung in Italien

Senkung der Preise und staatlichen Dienstleistungen

Von der im italienischen Ministerrat beschlossenen Gehalts- und Lohnkürzung werden rund eine halbe Million Beamte und Angestellte der staatlichen Betriebe Italiens betroffen. Die 12prozentige Kürzung ergibt eine Jahresersparnis von über einer Milliarde. Die Maßnahme erfolgte, nachdem das Budget für die ersten vier Monate des laufenden Finanzjahres ein Defizit von 729 Millionen aufweist. Die Gehaltskürzung der Gehälter steigert sich auf 25 Proz. für die Einkommen über 40 000 Lire jährlich und auf 35 Proz. für diejenigen über 60 000 in allen staatlichen Verwaltungen und irgendwie vom Staat abhängigen Betrieben. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember in Kraft.

Diese Maßnahme wird mit folgenden Erwägungen begründet: 1. Die Bezüge der Arbeiter aller Kategorien haben in den letzten Monaten eine beträchtliche Herabsetzung erfahren. 2. Es liegt im höchsten Maße im Interesse der Staatsangestellten selbst, daß das Budgetgleichgewicht gewahrt wird. 3. Die Senkung der Bezüge soll und wird eine weitere Verschleppung im Nachgeben der Kleinhandelspreise und der Mieten herbeiführen.

Der Ministerrat weist in seiner Begründung darauf hin, das Programm des neunten Jahres bestehe in der Einstellung des gesamten Wirtschaftslebens auf den seit drei Jahren feststehenden Wert der Lire nach der Formel: Eine Vorkriegs-lire = 3,66 Gegenwarts-lire, wobei dieser Wert unter Berücksichtigung der verminderten Kaufkraft des Volkes auf 4 abgerundet werden müsse. Während die Regierung die Bezüge des ganzen Personals des Staates und der öffentlichen Betriebe diesem Verhältnis 1:4 anpasse, beabsichtige sie, auch in der gleichen Weise ihre Produkte und Dienstleistungen zu behandeln und alle Formen der Privatwirtschaft auf diese jetzt unvermeidliche Notwendigkeit hinzuweisen.

Außer dem eigentlichen amtlichen Personal, dessen Zahl auf ungefähr 16 000 angegeben wird, gehören dazu 190 000 Beamte und Angestellte der Eisenbahn, Post und Telegraph, die bei den Staatsmonopolen Angestellten, deren Zahl sich auf 25 000 beläuft, und über 170 000 kleinere Beamten, Lehrer usw. Ihr Jahresbezug beträgt zur Zeit 9 Milliarden.

Die Führung der Deutschen Volkspartei

Dr. Scholz hat aus Gesundheitsrücksichten seine Ämter als Partei- und Fraktionsvorsitzender der Deutschen Volkspartei niedergelegt. Als seinen Nachfolger wird der Parteivorstand den Reichstagsabgeordneten Dingeldey in Vorschlag bringen.

In führenden Kreisen der Partei wird betont, daß der Wechsel keine Änderung der politischen Linie bedeute. Das gehe schon aus der Tatsache hervor, daß der Abgeordnete Dingeldey von Dr. Scholz selbst zum Nachfolger vorgeschlagen worden ist. Rechtsanwalt Dingeldey nimmt übrigens bereits seit einer Reihe von Jahren eine führende Stellung in der Deutschen Volkspartei ein. Er ist seit 1919 Mitglied des Hessischen Landtages und Vorsitzender der Deutschen Volkspartei in Hessen, seit 1922 Mitglied des Vorstandes der Gesamtpartei.

Die Strompreise

Das Reichswirtschaftsministerium hatte dieser Tage in Zusammenarbeit mit dem preussischen Handelsministerium Vertreter der Elektrizitätswerte zu Besprechungen geladen, die sich mit den Möglichkeiten einer Senkung der Stromtarife im Anschluß an die Kohlenpreissenkung befassen sollten. Die Besprechungen, an denen vor allem die Preag, das R.W.V. und die Elektrowerke teilgenommen haben, haben, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, bisher zu keinem Ergebnis geführt. Erst wenn man über die Möglichkeiten eines Vorgehens bei den großen obengenannten Werken Gewißheit besitzt, dürfte an die übrige Industrie herangetreten werden.

Kurze Nachrichten

Dr. Käthe Schirmacher †. Dr. Käthe Schirmacher, die bekannte Schriftstellerin, ist in Meran an Herzschwäche gestorben. Sie wurde am 6. August 1865 in Danzig geboren und war zunächst im Schulfach tätig. 1895 wurde sie Dr. phil. und nahm in allen frauenrechtlichen Fragen bald eine führende Stellung ein. In der Nachkriegszeit trat sie besonders als Vorkämpferin des Deutschtums im Osten auf. Von 1919 bis 1920 gehörte Käthe Schirmacher als Abgeordnete der Deutschnationalen Partei der Nationalversammlung an.

Strafanzeige gegen einen Thüringer Unterjünglingsrichter. Gegen den mit der Unterjüngling in dem Dienstverfahren gegen die Landespolizeibeamten in Thüringen beauftragten Landgerichtsrat Dr. Weber, Weimar, ist, wie das „N. Z.“ berichtet, Strafanzeige wegen Amtsmißbrauchs, Anstiftung zum Amtsmißbrauch und Anstiftung zum Hausfriedensbruch als Beamten in Ausübung des Amtes erstattet worden. Die Anzeige geht aus von dem Reichsbannerführer Dr. Diebel und dem Parteisekretär Dr. Jobst in Weimar, bei denen im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren Hausfriedensbrüche mit Beschlagnahmen durchgeführt wurden.

Die Rechtsanwaltsnot in Berlin. 168 Mitglieder der Anwaltskammer Berlin haben bei dem Kammerpräsidenten die Einberufung einer außerordentlichen Kammerversammlung beantragt. Sie schlagen die Einreichung eines Notgesetzes vor, durch welches mit sofortiger Wirkung eine sechsjährige Sperre der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft für den Kammerbezirk eingeführt werden soll.

Politische Ausschreitungen in Breslau. Eine nationalsozialistische öffentliche Kundgebung in Breslau wurde wegen Verschimpfungen der gegenwärtigen Staatsform durch die Polizei aufgelöst. In verschiedenen Stadtteilen kam es zu Zusammenstößen.

Vor einem Fehlbetrag in den USA? Präsident Hoover hat veranlassen lassen, daß sich das Schatzamt vielleicht einem Defizit für das am 30. Juni zu Ende gehende Rechnungsjahr gegenübersehen werde. Der Präsident fügte bei, daß dieses allfällige Defizit der Stabilität der Regierung in keiner Weise Eintrag tun würde.

Erfolge der badischen Volksbühnenbewegung. Die badische Volksbühnenbewegung zeigt, daß trotz der wirtschaftlichen Not und der ungeheuren Erwerbslosigkeit das kulturelle Streben in allen Kreisen des Volkes noch lebendig ist. In Jahr hat sich eine Volksbühne gegründet, die mit ausgezeichnetem Erfolg ihren Mitgliedern eine Aufführung des Scheriffen Kriegerdramas „Die andere Seite“ durch das Frankfurter Künstlertheater bot. Das genannte Theater führte dieses Werk auch für die Volksbühnen und Theatergemeinden in Schwebingen, Gadenheim, Sedenheim, Einsheim, Mastatt, Ofenburg und Nehl auf. Überall waren die Vorstellungen sehr stark besucht, und die Aufführung hinterließ die stärksten Eindrücke auf die Zuschauer. Ebenso hat mit Beginn dieser Spielzeit in Konstanz eine Volksbühne ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Zahl der Mitglieder ist derzeit gemächlichen, daß demnächst eine zweite Abteilung geschaffen werden muß.

Zur Preissenkung

Stellungnahme des badischen Einzelhandels und des Handwerks

Der badische Einzelhandel hat in einer am Dienstag von seiner Landeszentrale in Karlsruhe veranstalteten Besprechung, zu der Vertreter der Karlsruher Presse geladen waren, sich mit der Frage der Preissenkung beschäftigt, wobei es zu eingehender Aussprache kam. Was die Stellung des Einzelhandels anlangt, so wurde von seinen Vertretern dazu erklärt, daß der Einzelhandel sich dagegen wehren müsse, als Sündenbock für die Gestaltung der Preise angesehen zu werden. Im übrigen wurde u. a. ausgeführt:

Die Reichsregierung hat eingesehen, daß eine Gesundung der Verhältnisse nur dann möglich ist, wenn die enorm aufgeblähten Löhne der Staatsmaschine reduziert werden, eine Verbilligung der Produktion herbeigeführt und damit auch die Konkurrenz mit dem Ausland in ein für uns günstigeres Verhältnis gebracht wird. Anstatt nun aber von oben anzufangen und durch einen Abbau der Löhne mit gutem Beispiel voranzugehen, will man bei der letzten Stufe in der Warenversorgung, dem Einzelhandel, die Preise zwangsweise senken. Dies ist natürlich absolut unmöglich, denn Gehege der Wirtschaft können nicht kommandomäßig auf den Kopf gestellt werden.

Was im Rahmen der Herstellungspreise an Preisrückgängen möglich war, ist vom Einzelhandel in den letzten Jahren tatsächlich getan worden. Wie bedeutend diese Preisentlastung sich allein in der Zeit von 1929 auf 1930 auswirkte, wurde dann an einer vorgelegten Aufstellung gezeigt:

Es senkten sich die Preise in dem genannten Zeitraum von einem Jahre zum Einzelhandel:

in Lebensmitteln und Kolonialwaren: bei Tafelbutter um 13,72 Prozent, bei Kakaosfett um 15,38 Prozent, bei Limburger Käse um 25 Prozent, bei Schweizerkäse um 8 Prozent, bei Landeieren um 12,50 Prozent, bei weißen Bohnen um 16 Prozent, bei Marmelade um 27,27 Prozent, bei Seife um 15 Prozent, bei Essig um 12 Prozent; in Holz- und Holzwaren von 13 bis 21 Prozent; in Manufaktur- und Schweißwaren von 12 bis 21 Prozent; in Baumwoll- und Leinenwaren von 12,82 bis 19,04 Prozent; in Schuhwaren: bei besseren Qualitäten um 8—13 Prozent, bei Standardqualitäten um 17 bis 19,25 Prozent; in Weißwaren- und Herrenwäsche von 10 bis 13,33 Prozent; in Damenwäsche von 15,71 bis 25,30 Prozent; in Damenkonfektion um 13 bis 17 Prozent; in Herrenkonfektion um 16 bis 22 Prozent; in Herrenhüten und Mützen um 7 bis 11,50 Prozent; in Hausfalt- und Küchenartikeln um 10 Prozent.

Dieser wesentliche Preisabbau beim Einzelhandel hat schon seit Jahr und Tag stattgefunden, und zwar freiwillig, ohne Zwangsmassnahmen irgendwelcher Art. Die Lösung der Frage, wie und in welchem Umfang weiter abgebaut werden kann, hängt nicht vom Einzelhandel, sondern in erster Linie von den Produktionskosten, dann aber auch von den vielen sonstigen Faktoren — Ladenmiete, Zins des Betriebskapitals, Lagerhaltung, Frachten, Gehälter, Löhne, Steuern usw. — ab, die sich als Unkosten in die Spanne zwischen den Einkaufs- und Verkaufspreisen drängen. Gelingt es, diese Faktoren teilweise oder in ihrer Gesamtheit zu senken und treten nicht wieder neue verteilende Momente auf, so kann bestimmt damit gerechnet werden, daß der vom Einzelhandel freiwillig begonnene Preisabbau ebenso freiwillig fortgesetzt wird. Er hat das größte Interesse daran, die Preise so niedrig wie möglich zu halten, denn nur dadurch kann der Umsatz wieder gesteigert werden, der in den letzten Monaten geradezu erschreckend zurückgegangen ist. Durch regierungsseitige Zwangsmassnahmen oder gar durch den Druck der Straße einen plötzlichen und sprunghaften Rückgang der Preise erzwingen zu wollen, würde auf jeden Fall mehr Schaden anrichten als nützen. Der Einzelhandel ist bestrebt, als Treuhänder seiner Kundenschaft, jedes Problem, auch das Problem der Preisentlastung, zum Besten des Volkes zu lösen. Anspruch erhebt aber auch der Einzelhandel auf sachliche, gerechte Anerkennung seiner Arbeit, der Vermittlung preiswerter Qualitätswaren. Denn auch des Kaufmannes Arbeit ist ihres Lohnes wert.

In seiner dieser Tage abgehaltenen Sitzung befaßte sich auch der Vorstand der Handwerkskammer Karlsruhe mit den Maßnahmen der Reichsregierung zur Preissenkung.

In der gegenwärtigen Notzeit müsse jeder Stand und Beruf die Bestrebungen der Regierung unterstützen, und bei der Preisfestsetzung bis knapp zur Existenzhaltung nachgeben. Das Handwerk in seiner Gesamtheit ordne sich willig dem Gebot der Stunde unter. Es wende sich aber entschieden gegen die Veruche, etwa über die Lebensmittelpreise herzugreifen und die betreffenden Berufszweige mit aller Schuld zu belastigen. Wie der Einzelhandel weiß, auch das Handwerk darauf hin, daß die „Spanne“ nicht sein Verdienst sei. Heute, in der Zeit schleppenden Geschäftsganges wiegen alle Lasten doppelt schwer. Kein Defizit kann an diesem natürlichen Wirtschaftsgesetz etwas ändern. Infolgedessen zeigen, wie heute auch sehr alte und angesehene Handwerksbetriebe den Schwereigkeiten der Gegenwart zum Opfer fallen. Es müsse weit mehr als bisher auch an die andere Seite des Problems herangegangen werden und nach einem Weg gesucht werden, wie die den Reich zusammengehenden Kosten in der Wirtschaft gleichfalls gesenkt werden können. Zunächst müßte ein Druck auf die Syndikate nach der Richtung der Verbilligung gewisser Rohstoffe und Halbfabrikate ausgeübt werden. Wir müssen wieder mit dem Fennig rechnen lernen und die Mahnung der Reichsregierung: „Zurück zur Fennigwirtschaft“ sei wohl berechtigt. Die Spannen sind dann einer Steuer- und Tarifpolitik, die jahrelang fortgesetzte Erhöhungen brachte, hervorgerufen worden. Es bedeute keinen Abbau auf der ganzen Linie, wenn allen voran der Staat mit Fähigkeit an seinen Gebühren, Steuern, Tarifen usw. feithalte und der Privatwirtschaft die ganze Last und Verantwortung der Verbilligung auf den Nacken lege. Der gute Wille zur Tat, der bei allen Bevölkerungskreisen, bei Unternehmern, Gewerbetreibenden und auch Arbeitnehmern zu erkennen ist und zum Teil schon praktische Auswirkungen gefunden hat, müsse mit der ganzen Macht der Verantwortung auch von der öffentlichen Wirtschaft aufgegriffen werden.

Die Verhandlungen im Bankgewerbe zwischen dem Reichsverband der Banleitungen und den Organisationen der Bankangestellten um eine Herabsetzung der Gehaltsstufen und andere Veränderungen des Tarifvertrages sind am Dienstag ergebnislos geblieben. Die Vertreter der Angestellten lehnten insbesondere eine Senkung der Gehaltsstufe um 11 Proz., eine Kürzung der 15jährigen Berufsjahresstaffel und den Wegfall der Banleitertage ab, vielmehr wollten sie den bisherigen Tarifvertrag unverändert fortgeführt wissen. Der Reichsverband der Banleitungen erklärte darauf, außerstande zu sein, auf einer solchen Grundlage den Tarifvertrag zu verlängern.

Literarische Neuerscheinungen

Verthold von Deimling: Aus der alten in die neue Zeit. (Verlag Ullstein, Berlin. Preis brosch. 5,50 M., in Leinen 7 M.) — Der Lebensweg dieses badischen Beamtenjohannes vom Einjährig-Freiwilligen bis zum Kommandierenden General wird alle Kreise interessieren, sei es, daß sie sein Bekanntnis zur Republik verstanden, sei es, daß sie es mißbilligt haben. Deimling hat keine Nachforschungschrift verfaßt, sondern schlicht und ehrlich erzählt, wie sich sein Leben entwickelt hat. Er bewahrt der glanzvollen Zeit im Kaiserreich eine dankbare Erinnerung, während er sich an den Aufgaben der neuen beteiligt. Frisch und knapp, anekdotenhaft schildert er das Leben in preussischen, badischen, elsässischen Garnisonen, bei Manövern, Paraden und als Generalstabler in der „großen Wunde“. Dann stellt er den Durstfeldzug gegen die aufständischen Hereros dar, bei dem er das Kommando führte, die Kämpfe um den Waterberg und die Niederwerfung Genrli Witboys und Marengas. Einige Jahre später hatte er die peinliche Fabern-Affäre zu liquidieren, die seinerzeit die gesamte elsäß-lothringische Bevölkerung in nicht geringe Aufregung versetzte. Als Korpskommandeur von Straßburg übernahm er bei Kriegsausbruch zunächst den Grenzschutz in den Vogesen, wurde aber später bei Verdun und an der Somme eingesetzt. Sehr interessant ist am Ende des Buches ein mit Zustimmung beider Partner veröffentlichter Briefwechsel Deimling-Rudendorff über die Gründe des Zusammenbruchs und die Aufgaben der Zukunft.

Paul Cipper: Virtus. Tiere, Menschen, Wanderschaft. (Mit 47 Aufnahmen von Hedda Walther. Leinenband 9 M. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Bohlen) in Berlin). — Dieses neue Buch von Paul Cipper teilt mit seinen früheren Werken das, was sie aus der Gegenwartsliteratur weit sichtbar heraushebt und begehrt macht: die in Einfachheit und Treue ganz starke, ganz einleuchtende, ganz überzeugende Kraft der Schilderung, die Befremdung aus Dankbarkeit und Liebe. Darüber hinaus ist es ein Buch der Perspektiven in die Weite und Tiefe; über 30 Jahre dauert das Verfassen Virtusverbundenheit, und während dieser Zeit hat sich ihm der ganze Sinn, die ganze Ausdehnung der „fahrenden Welt“ erschlossen. Ihn, dem Unzünftigen in der Kunst, war der Blick von keinem Zweck getrübt; er kam und ging, sah und erlebte, und immer war sein Herz der Mittler zwischen Auge und Wirklichkeit, fern den Vorurteilen und sentimentalen Lügen um den Zirkus. Hedda Walther hat mit 49 Bildern einen Querschnitt der Zirkuswelt fotografiert; meisterhafte Porträts, bislang unbekannte Bewegungsstudien, dramatische Szenationen und die Zolle der Artistenhäuslichkeit.

Neue Elternbücherei. Hrsg. von Dr. Joh. Prüfer, Leipzig. (V. G. Teubner, Leipzig). — Die „Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung e. V.“ (Geschäftsstelle: Leipzig N 22, Johann-Georg-Str. 7), hat im vorigen Jahre ein großes Preisauschreiben zur Erlangung guter „Erziehungserfahrungen“ veranstaltet. Weit über 700 „Erziehungserfahrungen“ sind ihr dadurch zugeflossen. Da die Gesellschaft bereits seit circa 15 Jahren solche praktische Erziehungsfälle sammelt, verfügt sie jetzt über außerordentlich

viel derartiges Material. Diesen reichen pädagogischen Erfahrungsschatz will sie jetzt allen Eltern durch eine Sammlung billiger und volkstümlicher Erziehungsschriften zugänglich machen, die sie unter dem Titel „Neue Elternbücherei“ im Verlag V. G. Teubner, Leipzig und Berlin, erscheinen läßt. Bis hier sind erschienen:

Hef 1: Erziehung der Jüngsten. (1.—3. Lebensjahre). Praktische Erziehungserfahrungen. Hrsg. von Dr. Johannes Prüfer. Kart. 2 M. — Die Erziehung in den ersten drei Lebensjahren ist entscheidend fürs ganze Leben. In dieser frühesten Kindheitsperiode kann durch falsche Erziehung unangenehm viel verdrungen werden. Darum sollten alle jungen Eltern sich bemühen, die üblichen Erziehungsfehler zu vermeiden und ihr Kind vom ersten Vierteljahr an richtig zu behandeln. Das vorliegende Heft zeigt, wie zahlreiche erfahrene Eltern in den verschiedensten Situationen ihre Kinder mit gutem Erfolg erziehen haben. Es werden 3 B. behandelt: Eigenfinn, Ungehorsam, erste Unmährheiten, Damentuscheln, Kägelkauen, Nachspatigkeit, Bettnäßen, Furchtercheinungen usw.

Hef 2: Das Badkinder. Erziehungsnöte und -hilfen. Von Therese Roth. Kart. 2 M. — Die „Badkinderzeit“ ist für das junge Mädchen die seelisch stürmischste Epoche. Sie bietet daher zahllose Erziehungsprobleme. Im vorliegenden Heft hat die Verfasserin unter Benutzung der gesamten einschlägigen Literatur sowie auf Grund eigener psychologischer Erhebungen und vor allem aus ihrer langjährigen Erziehungsarbeit an jungen Mädchen heraus alles Wesentliche behandelt, was Eltern moderner Badkinder wissen möchten. Liebe, Vertrauen und „empfindendes Verstehen“ ist der Leitfaden, der über dem ganzen Buche leuchtet.

Dr. Paul Kohnagel: Johannes Keplers Weltbild und Erdennandel. (Neclams Universal-Bibliothek Nr. 7082. Gehftet 40 Hpt., gebunden 80 Hpt.). — Zum 300. Todestag des großen universalen Forschers erscheint diese Biographie von einem seiner direkten Nachfahren, der über die vollständigste Kenntnis seines Lebens und seiner Werke verfügt. Sie vereinigt im geschlossenen Bilde alle Wesensseiten Keplers und projiziert seine großen physikalischen Entdeckungen auf den Hintergrund seiner zerrissenen Epoche, seines bewegten Lebens, seines tief religiösen Gemütes.

„Mit „Graf Zeppelin“ nach Süd- und Nordamerika“. Reiseeindrücke und Fahrterlebnisse. Von J. Breitkopf. (Mit 53 Originalaufnahmen. Geschmackvoll kartoniert 4 M. Verlag von Moritz Schäfer und R. O. Lahr (Baden). Der Hauptwert des Buches liegt in der großen Sachkenntnis des Verfassers, der im Weltkrieg selbst Luftschiffkommandant gewesen ist und mit 15 über London abgeschossen wurde, wovon er ebenfalls in Blauerion erzählt. Breitkopf gibt Antwort auf mancherlei Fragen, die im Zusammenhang mit der Fahrt aufgeworfen wurden, wie z. B. das Nichtüberfliegen des Amazonasgebietes und die wirtschaftliche Bedeutung des Luftschiffs für Südamerika. Glaubhaft tritt er auch die törichte Legende von der „Rebelle der Passagiere“, die seinerzeit so viel Unruhe in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Die vielen künstlerischen Originalaufnahmen geben der spannenden geschriebenen Schilderung einen besonderen Wert für alt und jung. Es ist ein Buch, das jeder lesen muß.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Errichtung einer 110-kV-Leitung von Schwörstadt nach Rhina, hier Enteignung auf Gemarkung Murg.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 3. November 1930 Nr. 11 726 auf Grund des Enteignungsgesetzes ausgesprochen:

- 1. Die Grundstücke Lq. Nr. 741 und 1185 der Gemarkung Murg werden gegen vorgängige Entschädigung der Eigentümer zugunsten der badischen Elektrizitätsversorgung AG. (Badenwerk) mit einer der Ausübung nach ganz oder teilweise übertragbaren beschränkt persönlichen Dienstbarkeit belastet des Inhalts, daß die Grundstücke für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung einer oberirdischen Hochspannungs-Freileitung für die Dauer des Bestehens der Leitungsanlage zu gestatten und dafür Sorge zu tragen, daß auf den Grundstücken keine Gegenstände irgend welcher Art, insbesondere keine Bäume oder Anpflanzungen gehalten werden, welche die Leitungsanlage stören oder die beim Umfallen in beliebiger Richtung die Leitungsanlagen berühren können. Jedoch muß die Hochspannungsleitung so ausgeführt werden, daß es den Grundstückseigentümern möglich ist, unter den Leitungsdrähten unbedenklich Gebäude in ortsüblichen Mäßen zu errichten.
- 2. Die Frist zur Einleitung des Entschädigungsverfahrens wird auf zwei Wochen festgesetzt.

Karlsruhe, den 18. November 1930.
Der Minister des Innern.
J. Wittmann

Lebensrettung
Hilfsarbeiter Fritz Reif in Vörrach hat am Donnerstag, den 9. Oktober 1930, ein Mädchen aus der Wiese vom Tode des Ertrinkens gerettet.
Für diese entschlossene und mutige Tat spreche ich dem Genannten hiermit die öffentliche Anerkennung aus.
Freiburg, den 17. November 1930.
Der Badische Landeskommissar für die Kreise Freiburg i. Br., Vörrach und Offenburg:
Schwoerer

Personeller Teil
Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen
Domänenabteilung
Planmäßig angestellt:
Finanzpraktikant Edmund Wahl beim Rechnungsamt der Domänenabteilung unter Ernennung zum Finanzobersekretär.

Riesengroß ist die Not

weiterer Kreise unserer Bevölkerung. Rund 18000 Personen müssen s. B. von der Stadt in der öffentlichen Wohlfahrtsstelle unterstutzt werden. Noch ist der Höhepunkt nicht erreicht: Der ins Land ziehende harte Winter wird die Zahl aller der Armen, Kranken, Invaliden, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und der aus dem Arbeitsprozess Ausgeschiedenen erloschenbenenn weiter heigen. Öffentliche und private Fürsorge sind nicht mehr in der Lage, diesen gewaltigen Not wirksam zu heuern. Es muß die Mithilfe aller Kreise der hiesigen Bevölkerung hinzutreten!

Die privaten caritativen Verbände sind daher zusammengesetreten, um mit all denen, die bereit sind helfend mitzuwirken, eine „Karlsruher Notgemeinschaft“ zu gründen. Ihre Aufgabe wird es sein, die wirtschaftliche Not unserer Mitbürger zu lindern. Insbesondere will sie durch Abgabe von Eisen, Brennstoffen, Lebensmitteln und Kleidung dafür sorgen, daß in Karlsruhe

Keiner hungern, keiner frieren

muß. Gleichzeitig soll durch Unterhaltung und Belehrung die seelische Not unserer Mitbürger bekämpft, ihre Hoffnung und ihr Lebenswille wieder aufgerichtet werden.

Die „Karlsruher Notgemeinschaft“ ruft die Bevölkerung der Landeshauptstadt und ihre nähere und weitere Umgebung

auf zur Mithilfe!

Die Träger der Notgemeinschaft:

Allgem. Deutscher Beamtensbund — Erlaubsclub Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund — Christliche Kirchengemeinde, Arbeiterwohlfahrt, Arbeitgeberverband der Industrie, Badische Arbeiterkammer, Badische Arbeiterkammer, Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Badischer Arbeiterbund, Badische Landwirtschaftskammer, Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft, Bezirksverein für Jugendhilfe, Bezirksstelle und Genossenschaftliche, Bezirksverein gegen den Alkoholismus, Bund sozialistischer Wohlfahrtsvereinigungen, Caritasverband, Deutscher Beamtensbund — Christentum, Deutscher Gewerkschaftsbund, Erzdiözesanliches Stadtbüreau, Evangelischer Kirchenrat, Evangelischer Ortsverband für innere Mission, Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtensverbände, Handelskammer, Handwerks-

Der Hauptausschuß:

G. Amend, Geschäftsführer; S. Baichang, Stadtschulrat; D. Barth, Fabrikant; Dr. G. Baumgartner, Präsident des Rechnungshofes; Dr. R. Baur, Landrat; J. Becker, Geschäftsführer; Dr. H. Berg, Direktor der Bad. Bank; R. Binder, Redakteur; G. Blum, Schlossermeister; E. Dörminger, O. Reg.-Rat, Arbeitsamtsdirektor; D. Dieffenbacher, Fabrikant; Frau v. Ely-Wüstenrad, Präsidentin der Reichsbahndirektion; Frau Marie Engler; Dr. O. Fecht, Buchdruckermeister; D. Feil, Brauereidirektor; D. Freundlieb, Kaufmann; Dr. G. Freyburger, Sparfassenleiter; J. Fuchs, Fabrikant; A. Galletti, Bankdirektor a. D.; Dr. O. Geisler, Stadtoberamtsdirektor; R. Gündel, Bankdirektor; E. Heymann, Direktor; A. Gilly, Direktor; A. Hofmann, Verlagsdirektor; Dr. P. Homberger, Bankier; D. Huber; H. Jäger, Stadtschulrat; Aina Kamm; Dr. R. Keilgen, Stadtschulrat; A. Kimmelman, Stadtschulrat; R. Kimmeln, Generaldirektor; Dr. G. Kleinmann, Bürgermeister; Dr. A. Kmitel, Buchdruckermeister; A. Krieger, Bankdirektor; Frau Sonja Kroschke; B. Kimmeln, Präsident der Oberpostdirektion; Dr. O. Kersch, Landtagsabgeordneter; S. Kudenmeyer, Fabrikant;

Der Arbeitsausschuß:

Dr. J. Ritter, Oberbürgermeister, Vorsitzender; Frau Anna Blantzen; Frau Antonie Eise; R. Fehlbender, Gewerkschaftsführer; Dr. H. Fichtl, Bürgeramtsdirektor; Frau Kungunde Fischer, Landtagsabgeordnete;

Alle die, denen die Not der Zeit noch etwas an Gütern gelassen hat, alle die, denen ihre Arbeit regelmäßigen Verdienst verschafft, mögen nach Kräften zum Werke beitragen.

Jede Organisation leite in ihren Kreisen die Sammlung ein!

Jeder der kann, spende!

Nach die kleinste Gabe ist willkommen. Das ganze Werk, an dessen Spitze sich auf allgemeinen Wunsch das Stadtoberhaupt gestellt hat, ist einem Arbeitsausschuß unterstellt, der Sammlung und Verteilung leiten soll. Seine Geschäftsstelle, bei der jede nähere Auskunft erteilt wird, befindet sich beim Badischen Frauenverein vom Roten Kreuz, Zweigverein Karlsruhe, Stephaniensstraße 74, Fernsprecher 7971. Gaben und Zeichnungen für die „Karlsruher Notgemeinschaft“ nehmen entgegen: die Geschäftsstelle, alle hiesigen Banken, die Expeditionen aller hiesigen Zeitungen, die Stadthauptkasse, das Postamt auf Konto Nr. 22100, „Karlsruher Notgemeinschaft“ sowie die Stadt. Sparsache auf Girokonto Nr. 8100. Die Beilegerung wird über die eingegangenen Spenden und ihre Verteilung auf dem Laufenden gehalten.

„Karlsruher Notgemeinschaft“

Oberbürgermeister Dr. J. Ritter,
Vorsitzender.

ERICH IBEN
BAUMSCHULEN
AM REICHSBAHNHOF
TELEFON 291 ETTLINGEN
Qualitätsware
Obstbäume, Beerenobst, Coniferen, Gehölze, Allee-
bäume, Schlinger, Heckensträucher, Rosen u. Stauden
Ermäßigte Preise! 2.714

Reform-Gaststätte
Das zeitgemäße Speisehaus
Kaiserstraße 56 Telefon 3357
Sie speisen sehr gut, schnell und
preiswert
Unerreicht große Auswahl K.740

R. 67. Offenburg. Das
Vergleichsverfahren über
das Vermögen des Uhr-
machers Edmund Ehrentraut
in Offenburg wurde durch
Beschluss vom 13. Nov. 1930
aufgehoben, nachdem der
Vergleich gerichtlich bestä-
tigt ist.
Offenburg, 13. Nov. 1930.
Geschäftsstelle des
Amtsgerichts II.

Wir werben
für Sie!

Badisches Landestheater
Donnerstag, 20. Nov. 1930
Vollstündige:
II. Nobembervorstellung
Der Waffenschmied
Königliche Oper von Vorping
Dirigent: Keilberth
Mitwirkende:
Blant, Haberlorn,
J. Gröhinger, Rainbach,
Kiefer, Böfer, Demner,
Schoepflin, Arzas
Anfang 19 1/2 Ende 22
Preise C (1—7 RM)

PORPHYRWERK
DOSENHEIM
HANS VATTER
DOSENHEIM A. D. RHODEN
LIEFERT AUS SCHLOSS-
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-
MATERIAL

Druck G. Braun, Karlsruhe.